

*Manfred Fiedler*

*Haushaltsrede, gehalten im Rat der Stadt Castrop-Rauxel am 18.11.2014*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Damen und Herren.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister.

Wir haben heute über den Haushalt 2015 der Stadt Castrop-Rauxel zu entscheiden.

Ein Haushalt ist eine in Geldeinheiten gegossene Planung für die geplanten Aktivitäten dieser Stadt, also des selbstverwalteten Unternehmens der Bürgerinnen und Bürger Castrop-Rauxel.

Wir reden also über Zukunft.

Für mich persönlich ist es der erste Haushalt. Ich kann mich also auf diese Zukunft konzentrieren.

Ich möchte aber mit der Gegenwart beginnen. Castrop-Rauxel ist eine Stadt in einer Region im sogenannten Strukturwandel. Zunächst ist dies aber nur ein Strukturbruch, ob wir bereits von einem Wandel sprechen können, ist zu diskutieren. Zumindest ist es die Aufgabe, die wir als Politik gestalten müssen. Den Blick dominieren jedoch die aus dem Niedergang vor allem der Montanindustrie in der Region bestehenden strukturellen Probleme.

Ich bin in Dortmund aufgewachsen zwischen vier Zechen, umgeben von großen Stahlunternehmen, wie Hoesch und Krupp, eingebettet von einem halben Dutzend Brauereien. Übrig geblieben davon ist eine Brauerei. Diese Geschichte ist die des Ruhrgebietes. Und die Tatsache, dass sich das Verschwinden der Betriebe in einem Zeitraum von nicht einmal zwanzig Jahre ereignet hat, macht deutlich, dass wir es nicht mit einem Wandel, sondern mit einem Bruch, mit einem Niedergang wirtschaftlicher Strukturen zu tun haben.

Zurückgeblieben sind nicht zuletzt die Verlierer dieses Prozesses.

Zu den Verlierern gehören vor allem die Menschen, deren Qualifikation durch den Niedergang der Montanindustrie nicht mehr gebraucht wurde und die betroffenen Kommunen selbst, denen mehr Aufgaben zufielen, um diese Strukturkrise zu bewältigen, und die gleichzeitig immer weniger eigenes Steuerpotenzial besaßen und besitzen, um diese Aufgaben zu finanzieren.

In Castrop-Rauxel können wir dieses an den demografischen Zahlen ablesen: einen überdurchschnittlichen Anteil älterer Menschen und eine hohe relative Zahl lange Zeit arbeitsloser Menschen.

Die Folgen sind jedem bewusst: Viele Menschen mit guter sozialer Perspektive, jung und richtig qualifiziert, ziehen in Regionen mit einem attraktiven Arbeitsangebot. Andere finden weder hier noch dort eine ausreichende Beschäftigung weil sie eine zu geringe oder eine falsche Qualifikation haben und/oder als zu alt angesehen werden. Langzeitarbeitslosigkeit, unstete Beschäftigung und

Altersarmut hängen eng zusammen. Sie sind aber nicht einfach soziale Fragen, sondern auch Risiken der Gegenwart und vor allem Zukunft für den Zusammenhalt in unserer Stadt und, auch das muss man sehen, für den Haushalt. Abnehmender Kaufkraft auf der einen Seite, stehen höhere und überproportional steigende Ausgaben, etwa bei der Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Hilfe zur Pflege, gegenüber.

Es ist ein Dilemma, in dem wir und viele andere Städte und Gemeinden, sich befinden. Und dieses verstärkt sich noch dadurch, dass wir bei den Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen an die Grenze der Belastbarkeit gehen müssen. Attraktiver macht das nicht.

Trotz aller Probleme sind wir dennoch verpflichtet, die allgemeinen sozialen und hoheitlichen Aufgaben einer Kommune zu erbringen. Der Anteil der Transferausgaben macht mittlerweile die Hälfte der Ausgaben der Stadt Castrop-Rauxel aus. Der Anteil der von uns unmittelbar beeinflussbaren Ausgaben sinkt ebenso beständig, auch durch die Sparbemühungen.

Ich möchte an dieser Stelle deshalb denen danken, die als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt mit vollem Herzen und großem Engagement an die Zukunft der Stadt und die Bedeutung ihrer Aufgabe glauben und daran arbeiten. Es ist mir und ich denke vielen mehr als bewusst, dass ein lang anhaltender

Sanierungsprozess keine Motivationsspritze ist. Und leider sind wir noch mitten drin.

Es wird sehr viel über den Stärkungspakt diskutiert, der bis 2016 von uns einen ausgeglichenen Haushalt verlangt. Dies ist eine Bürde, keine Frage, doch man muss sich immer die Frage nach den Alternativen stellen.

Die Alternative wäre, dass wir als Mitglieder des Rats jegliche inhaltliche Gestaltungsmacht verlieren würden, dass wir ohnmächtig dem Handeln eines Sparkommissars zusehen müssten. Es ist aber unsere Überzeugung, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, die Handlungsinstrumente, die wir besitzen, und wir wissen sie sind sehr eingeschränkt, nutzen sollten. Ich kann jeden verstehen, der das anders einschätzt, der meint, dass Aufgabenwachstum ohne finanziellen Ausgleich unzumutbar ist, der sich gegen die Finanzierung des Aufbaus Ost letztlich aus Kassenkrediten stellt, der verlangt das müsse ein Ende haben und sich deshalb gegen einen solchen Sparhaushalt wendet.

Wenn wir die Ausgangsbedingungen anschauen, dann wissen wir, dass wir auf einem schmalen Grat balancieren. Das betrifft die Rahmenbedingungen, als auch den Haushalt selbst. Das Zinsniveau kommt uns zurzeit entgegen. Gegenüber den Prognosen aus dem letzten Jahr sinken die Zinsbelastungen um gut eine Million Euro. Umgekehrt steigen die Transferzahlungen, also nicht zuletzt die Umlagen seit Jahren beständig an.

Überhaupt: wenn wir uns die Aufwandsarten anschauen, die in den letzten Jahren das größte Wachstum aufweisen, dann sind es die Zinsen, die Transferzahlungen und die Abschreibungen, alles Positionen, die wir nicht oder allenfalls indirekt beeinflussen können. Über sechzig Prozent des Haushalts entziehen sich damit unserer direkten Steuerung und auch unter den restlichen 40 % der Ausgaben sind eine große Zahl gesetzlicher Pflichtaufgaben, die wir verbessern können, aber auf die wir nicht verzichten können. Am erfolgreichsten sind wir erkennbar bei den Einsparungen der Personalkosten. Deren Ansätze sind als einziger Aufwandsposten seit 2012 gesunken. Doch auch hier müssen wir aufpassen, dass wir nicht Kosten einsparen, die an anderer Stelle als Sachkosten wieder auftauchen, oder durch Erlösausfälle wettgemacht werden. Und selbst wenn wir die wenigen freiwilligen Aufgaben anschauen, dann ist deren Aufgabe mit Folgekosten und Erlösausfällen versehen, die einen Weiterbetrieb häufig nahelegen, weil dann den Ausgaben wenigstens ein Nutzen gegenüber steht.

Wir wollen uns den Handlungsrahmen erhalten,

- um die Stadt auf den Klimawandel vorzubereiten,
- um eine bürgerinnen- und bürgergerechte zukunftssichere und wirtschaftliche Energieversorgung zu gewährleisten,
- um eine für alle bezahlbare Versorgungsinfrastruktur zu erhalten,

- um gerade in unserer Stadt, unserer Region durch Erziehung und Bildung die Potenziale der jungen und alten Menschen zu entwickeln, zu erhalten und zu aktivieren,
- um eine für alte und junge Menschen, egal welcher Religion, welche sozialer Herkunft, egal ob mit oder ohne persönliches Handicap lebenswerte, helle und freundliche Stadt zu erreichen.

Wir alle hier sind, zumindest überwiegend, ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Wir alle tun dies in der Absicht für die Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger das Beste zu erreichen. Ich halte den Haushaltssanierungsplan, den Haushalt und die Haushaltssatzung, trotz der Risiken und im Detail auch sicherlich noch zu prüfender Ansätze für zustimmungsfähig. Aber ich bin nicht so blauäugig, um nicht zu sehen, dass das nächste Jahr ein schweres Jahr für alle sein wird. Wir werden gefordert sein, um die Überforderung derjenigen, die diesen Plan in Wirklichkeit umsetzen müssen, zu verhüten. Und wir müssen uns überprüfen, ob die Maßnahmen, die wir verlangen oder die wir beschließen oder auch nicht beschließen, den positiven Effekt haben, den wir von ihnen erwarten. Wer auf Kosten der Zukunft spart, ist nicht nachhaltig, sondern eher kurzfristig.

Aber wir werden auch gefordert sein, die Grenzen unseres Handelns zu erkennen und aufzuzeigen. Wir Grünen haben vor der Kommunalwahl immer wieder gesagt, dass die Grenzen der Belastung erreicht sind, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern keine

weiteren Mehrbelastungen mehr zumuten können und wollen, als die im Rahmen der Haushaltssanierung bisher beschlossenen. Diese sind bereits schmerzhaft genug. Dazu stehen wir, wir wollen und werden alles dafür tun, dass diese Haushaltssanierung gelingt.

Aber ein Baum, dem man die Grundlagen seines Gedeihens entzieht, trägt keine Früchte mehr, er verdorrt und stirbt.

Die Städte des Kreises Recklinghausen sind quasi alle ähnlich betroffen, wie Castrop-Rauxel. Und um uns herum greifen große Städte, wie Dortmund, Essen und Duisburg zum Instrument der Haushaltssanierung, um die Haushaltssicherung zu verhindern, und Investitionen und Handlungsfähigkeit zu sichern. Anderen großen Städten, wie etwa Hagen, geht es seit Jahren nicht anders als Castrop-Rauxel.

Art. 72 des Grundgesetzes spricht von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als Verfassungsziel. Es ist von Bedeutung, gemeinsam mit anderen, gegenüber Bund und Land, aber auch den strukturstarke Gemeinden deutlich zu machen, dass das Erreichen dieses Ziels in unserer Stadt bereits stark gefährdet ist, dass auf Dauer die Stadt und die Region, und damit ihre Menschen, abgekoppelt werden, wenn nicht andere Maßnahmen zur fiskalischen Stärkung strukturschwacher Städte ergriffen werden. Ich denke, zumindest in diesem Verständnis können wir Gemeinsamkeit erzielen.